



Bierteljähriger Monatsschrift, in Breslau 5 Mark, Wochen-Zeitung, 50 Pf., außerhalb des Landes 6 Mark 50 Pf. — Abonnement für den Raum einer feststehenden Post-Zelle 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Amtshäuser Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 454. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. September 1875.

## Deutschland.

Berlin, 29. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem kaiserlich österreichischen Unterthan Heinrich Hartert in Konstantinopel den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Der bisherige Rector und commissarische Kreis-Schulinspector Max Joseph Kort in Warburg ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Minden ernannt worden.

Berlin, 29. Septbr. [Vom Hofe.] Heute Nachmittag trafen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden, sowie Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen in Baden ein. Die Kaiserlichen Majestäten werden mit Ihren hohen Verwandten morgen einen Ausflug in das Rennthal machen und im Eilenbad dinnieren. (Reichs-Anz.)

■ Berlin, 29. September. [Der Schwerpunkt der russischen Politik. — Revision des Strafgesetzbuchs. — Zum Berliner Pressejahr.] Die Pan-slavisten von Profession und unsere eingeborenen Russophilen täuschen sich, wenn sie annehmen, daß ihre intriguenden Manöver in Petersburg oder Berlin mehr als ein bedauerliches Achselzucken hervorufen. Es ist unwahr, wenn in der hiesigen russischen Colonie, wo man neuerdings gewissen Inspirationen Gehör schenkt, die Ansicht ausgesprochen wird, daß die Petersburger Diplomatie die Situation in der orientalischen Frage ernster auffaßt, als früher. Wir hören von Personen, die in diesen Dingen unterrichtet sind, daß unter den Mitgliedern der hiesigen russischen Gesellschaft niemals eine Schwenkung von der durch das Dreikaiserbündnis vorgezeichneten Linie stattgefunden hat. Von derselben Seite wird darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt der russischen Politik in Asien ruht. Dort und nicht in der europäischen Türkei muß sich die Expansionskraft Russlands bewähren, dort steht es auf seinen wichtigsten Gegnern, den Briten, und früher oder später wird es alle seine Kräfte brauchen, um dem unvermeidlichen Kampfe gewachsen zu sein. Die slavischen Provinzen der Türkei bieten Russland keine angemessenen Annexions-Objekte, und wenn eine frühere Zarenpolitik ihre Blicke auf Konstantinopel richtete, so gilt dies heute als überwundener Standpunkt. Das Dreikaiser-Bündnis macht eine Wiederaufnahme der Orientpolitik Katharina II. und Nicolaus I. unmöglich, weil die nächste Folge einer solchen die Allianz der Westmächte wäre. Damit würde den französischen Allianzplänen mit Russland Thür und Thür geöffnet und eine Coalition geschaffen, die zu verhindern das vornehmste Ziel des Dreikaiserbündnisses ist. Die Pan-slavisten vergessen, daß Russland an der Seite von Herat und Afghanistan mehr als in der Herzegowina und in Bosnien zu gewinnen oder zu verlieren hat. Nach der Eroberung Khokands kommt die Reihe an Mero und der Kampf um Kaschmir ist nur eine Frage der Zeit. Zu diesem großen Kriege und nicht für die pan-slavistischen Träume der Alt-Russen am Petersburger Hofe und anderswo wird Russland seine ganze Kraft und das Wohlwollen der ihm befreundeten Mächte bedürfen. —

Im Reichskanzleramt ist die Revision des Strafgesetzbuches so weit vollendet, daß die betreffende Vorlage schon in den nächsten Tagen an den Bundesrat gelangen wird. Demnach sind jene Mittheilungen unrichtig, welche noch im Reichskanzleramt das Material zur Gesetzesvorlage sichten lassen, und die Verarbeitung derselben zu legislativen Vorschlägen erst in 2 Monaten vollendet seien wollen, wie auch die heutige „Prov.-Corr.“ bestätigt. Gewiß wird sich der Bundesrat mit dieser Vorlage eifrig befassen, weil derselben keine sonstigen erheblichen Gesetzentwürfe aus dem Reichsjustizamt vorgelegt werden. — Die Denunciations eines hiesigen Revolverblattes gegen angesehene Bankhäuser und hervorragende finanzielle wie politische Persönlichkeiten scheinen einen Ausgang zu nehmen, den jene vorausgesagt haben, welche das Wegelagerersystem einer gewissen Sorte von Pressepiraten kennen. In der sogenannten Redaktion des erwähnten Blattes fand gestern eine Haussuchung und Beschlagnahme der Bücher, Papiere u. s. statt. Andererseits wurden die von der Staatsanwaltschaft auf Denunciations der „Eisenbahn-Zeitung“ in Sachen der Rumänischen Eisenbahnactien-Gesellschaft mit Beschlag belegten Bücher der Disconto-Gesellschaft freigegeben. Diese beiden Thatsachen werden durch die häufigen und lange währenden Untersuchungs-Verhandlungen illustriert, deren sich der sogenannte Redakteur der „Eisenbahn-Zeitung“ bei dem Stadtgerichtsrath Pescatore zu erfreuen hat. — Die heute erfolgte offizielle Ankündigung der Theilnahme des Reichskanzlers an der Reise des Kaisers nach Italien ist geeignet, die Freunde des großen Staatsmannes mit der Hoffnung zu erfüllen, daß seine Gesundheit den aufregenden Ovationen gewachsen sein wird, die ihn unfehlbar jenseits der Alpen erwarten. Diese Hoffnung erzieht um so begründeter, als gerade in den letzten Tagen die Nachrichten aus Varsòvia von einer erneuten Indisposition des Fürsten Bismarck berichtet, die gewiß nur vorübergehender Natur gewesen sein wird.

[Der Kaiser.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt die halbmäßige „Prov.-Corresp.“:

„Unser Kaiser ist am Sonnabend (25.) Abends aus Mecklenburg wieder in die Hauptstadt eingetroffen. Ungeachtet der großen und teilweise ungewohnten Anstrengungen, welche Se. Majestät Sich bei den täglichen Truppenübungen und bei der Flottenbesichtigung aufzeigt hatte, ist das Bestinden des hohen Herrn nach der Beendigung der so vielfach bewegten Manöverzeit doch ein durchaus erwünschtes und erfreuliches.“

Der Kaiser hat demzufolge auch der Erfüllung des so lange schon gebotenen Wunsches, dem Könige Victor Emanuel einen Gegenbesuch in seinem Reiche zu machen, nunmehr näher treten können und den bestimmten Entschluß gefaßt, von Baden-Baden aus, wohin Se. Majestät Sich zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages (30.) ihrer Majestät der Kaiserin Augusta am 28. Abends begeben hat, eine mehrjährige Reise nach Oberitalien zu unternehmen. Dieselbe wird voraussichtlich in den ersten Tagen nach dem 10. October stattfinden. Der Reichskanzler Fürst Bismarck und der Feldmarschall Graf von Moltke werden Se. Majestät auf dieser Reise begleiten.“

— [Ernennung.] Mit dem übermorgenden 1. October tritt der oberste Verwaltungsgerichtshof in Thätigkeit. Zum Präsidenten derselben ist ernannt der bisherige vortragende Rath im Ministerium des Innern, Geh. Ober-Reg.-Rath Persius. Derselbe, ein verhältnismäßig noch junger Mann, gilt als einer der hervorragendsten Verwaltungsbeamten und hat, wie man weiß, bedeutende Verdienste um die Entstehung und das Zustandekommen der Kreis- und Provinzial-

Ordnung. Geh. Rath Persius ist auch Mitglied des Abgeordneten-hauses.

D. R. C. [Die Zwei- und Einhalterstücke.] Morgen (30. September) findet die allgemeine Zahlung der in den öffentlichen Kassen vorhandenen Zwei- und Einhalterstücke statt, welche von dem Reichskanzleramt veranlaßt worden ist, um zu ermitteln, wie viel Stücke dieser Geldsorten noch im Verkehr sich befinden. Auch an alle Bankinstitute, sowie an alle Privat-Bank- und Wechselgeschäfte sind derartige Gesuche ergangen mit der Bitte, das Resultat der Zahlung an bestimmt angegebene Behörden anzumelden. Diese Zahlungsversuche hängen mit der Einführung der Goldwährung zusammen und dürften nach der Feststellung des Resultats demnächst weitere hierauf bezügliche Verordnungen zu erwarten sein.

[Die Scheidemünzen.] Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Noch verschiedentlich lehren in öffentlichen Blättern allgemein gehaltene Klagen wieder, daß es von den kleinen Verlehr an einer geringenden Menge von Scheidemünzen sehe. Diesen Klagen gegenüber erscheint es zweitmäßig, das tatsächliche Verhältnis darzulegen. In Preußen sind bis jetzt in angemessenen Raten mehr als 3% Millionen Mark an Reichs-Kupfermünzen zur Vertheilung überwiezen. Von den Kupfermünzen der Thalerwährung sind dagegen bisher nur die auf der Zwölftteilung des Groschen beruhenden Zwei- und Vierpfennigstücke ausser Course gelegt, von denen in Folge dessen im Deutschen Reiche bei den Lösungsmünzen noch nicht 470,000 Mark eingegangen sind, während von diesen Münzen in Preußen in dem Zeitraume von 1857 bis 1873 gegen 600,000 M. geprägt waren. Die Dreipfennigstücke der Thalerwährung, von denen in Preußen in dem bezeichneten Zeitraume circa 1,600,000 M. geprägt worden sind noch nicht außer Course gesetzt, sie werden indeß, insoweit sie bei den königlichen Kassen eingehen, nicht wieder verausgabt, auch von denselben in Beiträgen von mindestens 1 Mark zum Umlauf gegen Reichs-Kupfermünzen angenommen. Auf diese Weise waren von den fraglichen Münzen bis Ende August d. J. etwas über 125,000 M. eingezogen. Die Empfennstücke der Thalerwährung sind durch das Reichsmünzgesetz auf den Werth von einem Markpfennig tarifirt und dazu bestimmt, neben den Markpfennigen völlig gleichberechtigt im Umlauf zu bleiben. — Hierach ist die Menge des curirten Kupfers geldes in Preußen fast um 3 Millionen Mark vermehrt, so daß es völlig unbedenklich erscheint, die Dreier aus dem Verkehr zu ziehen, durch welche Maßregel auch ein regerer Umlauf der Reichspfennige bewirkt werden wird. — An Reichsmünzen, den Bohn- und Pfennigstückstücken, welche den ganzen und halben Silbergroschen im Werthe gleichstehen, sind in Preußen bereits 5½ Millionen Mark verausgabt worden. Das Beträchtliche dieser Summe wird mehr hervortreten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß früher in Preußen in Silbergroschen und halben Silbergroschen durchschnittlich jährlich etwa 400,000 M. geprägt sind, also in Nickelmünzen der Betrag eines früheren Prägequantums von mehr als 13 Jahren verbleibt ist. Von den Silbergroschen und halben Silbergroschen sind von Reichswegen bisher erst etwa über 180,000 M. aus dem Verkehr gezogen worden.

Hannover, 29. September. [Ernst von Bandel] hat nun sein Häuschen am Fuße des Hermanns-Denkmales verlassen und ist hierher in seine Wohnung zurückgekehrt, um von den Aufruhrungen und Anstrengungen auszuruhen, welche ihm der letzte Sommer in erhöhtem Maße gebracht. Der ehrenwürdige Greis ist übrigens wohlaufläufig. Ein Teil des Winters will er in einem südländlichen Klima verleben. Der hiesige Künstlerverein feierte den „Alten vom Berge“ kürzlich durch ein gemütliches Festessen. — Bei dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages muß die Frage einer Nationalbelohnung für den Schöpfer des Armin wieder energischer aufgenommen werden. Sehr richtig wurde gleich beim ersten Auftauchen dieser Frage der Gedanke an eine National-Subscription zurückgewiesen. Der Weg, der einzig und allein einzuschlagen, wurde bereits von dem Kaiser gezeigt, der aus den Reichsmitteln eine lebenslängliche Dotierung von 4000 Mark anwies. Die einzige würdige Form, dem Künstler den Dank des Deutschen Volkes darzubringen, ist eine Bewilligung des Deutschen Reichstages zu diesem Zwecke, und es mag eine der Aufgaben unserer Hannoverschen Reichstags-Abgeordneten sein, unter deren Augen hier in Hannover das gewaltige Werk entstand und von der Hand des Künstlers fertig wurde, für diese Nationalbelohnung im Reichstage zu wirken.

Stolberg (bei Aachen), 26. Septbr. [In der vorigestrigen Sitzung des königlichen Polizeigerichts] hier selbst wurden 55 Personen, welche sich an einem Aufzug zu Ehren des Erzbischofs von Köln bei dessen Anwesenheit am 2. September in hiesiger Stadt ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde beteiligt haben, auf Grund der §§ 10 und 17 der Verordnung über die Verbüßung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes mit einer Geldbuße von je 9 Mark bestraft.

Von der Mosel, 29. Sept. [Erlaß.] Die von uns erwähnte öffentliche Erklärung des Pfarrers Klein in Mannebach, der sich den Staatsgesetzen unterworfen hat, wird von der königl. Regierung zu Trier veröffentlicht. Dem Abdruck schließt sich folgender Erlaß an:

„In obiger Erklärung ist deutlich dargehalten, wie innig sich staatliche und kirchliche Angelegenheiten vereinigen lassen, und wie die Anzahl, daß die gegenwärtigen staatlichen Bestrebungen gegen die Kirche gerichtet seien, auf größtem Irrthum beziehungsweise auf falscher Entstehung der Thatsachen beruht. Wir hoffen, daß man sich bald allzüglich zu dem Inhalte des vorliegenden Artikels bekennen und sich nicht durch unbegründete Bestrebungen ausschließen lassen wird. Der preußische Staat, welcher mit so mächtiger Hand alle seine Feinde besiegt hat, wird wahrlich nicht stillstehen oder gar Diejenigen im Stiche lassen, welche sich offen zu seinen edelsten Bestrebungen befehlen. Es wird bald die Zeit kommen, wo Diejenigen, welche die Träger der im obigen Artikel ausgesprochenen Ansichten verfolgen und ihnen Kränkungen aller Art bereiten möchten, beschämmt ihren Irrthum einsehen, oder, wenn Leichteres wider Erwarten nicht der Fall sein, und sie in ihren jetzige Zeiten gar nicht mehr passenden Kreisungen gesetzwidrig fortfahren sollten, den strafenden Arm des States zu fühlen haben werden.“

Trier, den 17. September 1875. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.  
gez. Kroigli.“

Frankfurt a. M., 29. Septbr. [Se. Majestät der Kaiser] traf heute Nachmittag kurz nach 2 Uhr hier ein. Nachdem das Dejeuner eingenommen war, besucht Se. Majestät die historische Kunsts- und Gewerbe-Ausstellung. Bei der Fahrt durch die Stadt wurde der Kaiser von der Bevölkerung mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Die Stadt hatte vielfach feierlich gesetzt. Um 5 Uhr setzte Se. Majestät mittelst Extrazuges die Reise nach Baden-Baden fort.

Aus Baiern. [Zur Zeugnisswaltung. Angelegenheit.] bringt die „Nürnberger Presse“ eine Reminiszenz aus der traurigsten Zeit des constitutionellen Baierns, welche beweist, daß nicht einmal die Diener des stärksten Abolitionismus dem Redakteur eines Blattes die Selbstherabwürdigung durch Preisgebung des Redaktionsschreibes zumutheten, wie es hentztag Staatssanwälte in Preußen thun. Das genannte Blatt schreibt: „Zur Zeit, als der Redakteur dieses Blattes (1850—52) die Redaction des „Frankischen Kurier“ leitete, war es eine Quelle steter Verlegenheiten für das Ministerium Neigersberg, schlimmen Andentens, daß dieses Nürnberger Blatt

den Wortlaut der damals sog. „geheimen Regierungsrescripte“, die sich meistens auf die Beobachtung und Verfolgung freiheitlich geführter Männer, geheimer Vereine und Versammlungen im In- und Auslande bezogen, schon wenige Tage, nachdem sie zum Auslauf gekommen waren, im Abdruck wiederzugeben im Stande war. Vergleichbar waren die Verhüllungen des damaligen Stadt-Commission Meyer und seiner Organe, die Quelle dieser Mittheilungen die Presse ausfindig zu machen und ist auch dies unseres Wissens nie gelungen. Der Redakteur des „Frankischen Kurier“ wurde damals in Verbindung mit diesem Brüche des Amtsgeheimnisses in keiner Weise belangt, nur einmal erhielt er eine (nicht amtliche) Vorladung zu dem seit mehreren Jahren verstorbenen l. Bevollmächtigten Herrn v. Seiffert, einem Beamten, der wie keiner es verdient, in ehrenhaftem Andtenten auf Generationen hinzuhalten zu werden, der auf Weisung des l. Ministeriums hin mit dem Geladenen diese Angelegenheit in privater Besprechung berührte und dieselbe mit den Worten einleitete: „Die Staatsbehörde hat natürlich keine Mittel, Sie zur Namensnennung des Einsenders zu bringen zu können.“ — Wir empfehlen diese Reminiszenz der Beachtung der Frankfurter Staatsanwälte, sowie denjenigen unserer Reichsboten; mögen sie daran sehen, wie so herrlich weit es die deutsche Presse gebracht hat.

München, 29. September. [Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung] der Abgeordnetenkammer wurde die Verlosung für die Abtheilungen vorgenommen. Dieselbe ist zu Gunsten der Ultramontanen ausgefallen. Außerdem erfolgte heute auch die Wahl des dritten und des vierten Schriftführers. Das Resultat derselben wird erst morgen bekannt gegeben. Wie verlautet, sollen der Freiherr von Griesbeck zum dritten und der Reichsconsulient Häuser zum vierten Schriftführer (beide ultramontan) gewählt worden sein.

## Frankreich.

Paris, 27. Sept. [Aus Mac Mahons Aufenthalt in Vernon und Rouen. — de Falloux. — Bankett der Radicalen. — de Broglie. — Ein Brief des Herrn Ducros. — Zur Presse.] Die Revue in Vernon ist gestern nach dem Programm verlaufen; eine große Menschenmenge war dazu von allen Seiten herbeigeströmt. Mac Mahon beglückwünschte den General Lebrun zur Haltung seiner Truppen, die, wie es scheint, mehr durch seltüsliches, als durch paradiesisches Aussehen glänzen; sie hatten drei Tage lang im Regen marschiert. Nachher gab der General Lebrun den auswärtigen Offizieren und den höheren Offizieren seines Corps ein Frühstück, dem auch der Kriegsminister de Cissey beiwohnte. Lebrun brachte einen Trinkspruch auf Mac Mahon aus, Cissey trank auf die Gesundheit Cantobert's, der an den Mandoren des 3. Corps Theil genommen hat. Zugleich dankte der Kriegsminister den feindlichen Offizieren (Deutschland war durch den Major v. Bülow vertreten) für ihre Aufmerksamkeit. „Es ist, sagte er, in dem Waffenhandwerk eine Ehre und eine Freude, nach dem Kampfe keinen Feind mehr zu kennen; man reicht sich gern die Hand und es bleiben nur Gefühle der Brüderlichkeit zurück.“ Der schwedische Oberst Staff, als der älteste der fremden Offiziere, antwortete, absehend von jeder politischen Ansprache, mit dem Wunsch, daß die Neugründung der französischen Armeen glücklich von Staaten gehe. — Um 3 Uhr gestern Nachmittag kam Mac Mahon in Rouen an. Am Bahnhofe begrüßte ihn der Bürgermeister mit einer feierlichen Ansprache und bei dem Empfang der Behörden in der Präfectur hielten der Cardinal-Erzbischof de Bonnecouze und der Generaltreuhänder Auriel officiell Reden verbindlicher und gemäßigter Charakter. Auriel besonders, ein ehemaliger Monarchist, drang auf die Notwendigkeit, die Regierung der Republik nicht durch Parteizwistigkeiten und Agitationen föhren zu lassen. Auf diese Rede antwortete Mac Mahon kurz mit den Worten: „Sie haben Recht, Vertrauen in mich zu setzen. So lange ich die Regierung behalte, werde ich die Ordnung aufrecht halten.“ An den offiziellen Empfang schloß sich ein bezeichnender Vorfall. Raoul Duval und drei andere bonapartistische Deputirte stellten sich abgesondert von den anderen Vertretern des Départements der Seine-Inferieure dem Präsidenten der Republik vor. Trotz einiger politischen Meinungsverschiedenheiten, sagte Raoul Duval, könne der Marshall auf seine feste Unterstützung zählen. Mac Mahon verbeugte sich schweigend. Raoul Duval fing wieder an, „er habe diese Bemerkung für nötig gehalten.“ Neue schweigende Verbeugung Mac Mahon's, welche der Unterhaltung ein Ende machte. Den heutigen Vormittag hat der Präsident der Republik zur Besichtigung einiger öffentlichen Institutionen und Fabriken benutzt; um 1 Uhr ist er von Rouen abgefahren und nach 4 Uhr wieder hier eingetroffen. — Die Blätter sind abermals voll von politischen Reden. Nach de Broglie hat de Falloux sich über die politische Lage vernehmen lassen. Obgleich de Falloux (von fallax hat man den Namen abgeleitet) keine glückliche Rolle bei den Ereignissen der letzten Jahre gespielt hat, so ist doch bekannt genug, daß er bei einer gewissen Partei der Nationalversammlung noch immer in großem Ansehen steht. Die legitimistisch-orleanistische Fusion, zu der er den Anstoß gegeben, ist total mißlungen; aber de Falloux predigt auch heute noch die Wiederherstellung der reactionären Majorität. Daß er übrigens verdrießlich und bitter über die jetzigen Zustände urtheilt, ist leicht begreiflich. — Bei einem republikanischen Aufenthalt in Saint-Malo haben Louis Blanc und Talandier die Republik gefeiert. Talandier sprach über die sociale Frage; Louis Blanc über die Republik von 1792, wobei er die Gelegenheit zu einigen Seitenhieben auf die jetzige Nationalversammlung und das Verfassungswerk nicht versäumte. Namentlich entwickelte er, wie unlogisch und unpraktisch die Einrichtung eines Senats und die Errichtung der Präsidentschaft sei. Die Männer der Convention, sagte er, wären zu verständig gewesen, bei Gründung der Republik einen Sessel auf die Höhe des Thrones zu erheben und an die Stelle des erblichen Königs einen roi parvenu zu setzen. Wie gewöhnlich, nimmt die Gambetta'sche „République“ von der Rede Louis Blanc's gar keine Notiz und die anderen republikanischen Journale erwähnen sie nur flüchtig, den „Appel“ und das „Evénement“ ausgenommen. Der „Appel“ scheint sich in die intranxigen Gewässer, auf denen das „Evénement“ mit vollen Segeln fährt, einzlenken zu wollen. — Eine Schwankung anderer Art bereiten die „Débats“ vor. Es fällt allgemein auf, mit welchem Eifer dieses Blatt die jüngste Rede de Broglie's lobt. Es macht dieselbe heute von neuen zum Gegenstande eines höchst anerkennenden Artikels. Nach der „Débats“ hat sich de Broglie nicht nur von den Imperialisten losgezogen, sondern er hat auch aufgehort, einer der reactionären Führer zu sein. Noch ein wenig, und das „Journal des Débats“ begrüßt in dem einfligen Minister des 24. Mai mit Jubel den Präsidenten des

künftigen Cabinets. — Große Heiterkeit erregt der Brief Duros' an die Lyoner Municipal-Commission, die ihm vor Kurzem ein lobendes Zeugnis ausgestellt hat. Es ist schwer zu glauben, daß diese wahrhaft lächerliche, dem Styl wie dem Inhalt nach gleich sonderbare Epistel von dem Verwalter der zweiten französischen Hauptstadt ausgehe. Duros spricht von seinen Leistungen in Lyon in solcher Art, als ob nie und nirgendwo vor ihm so Monumentales geleistet worden wäre; über die Angriffe seiner Gegner, „der leidenschaftlichen Liebhaber der Lyoner Freiheiten“, trostet er sich damit, daß ihm die Dankbarkeit der Guten gesichert ist. — Die Pariser Presse hat die angenehme Aussicht, den höchst unpopulären Director des Pressbureaus, Aug. Léo, aus dem Ministerium entfernt zu sehen. Buffet will die Tätigkeiten dieses Herrn, wie es scheint, in der Präfectur des Cher-Departements verwerthen.

\* Paris, 27. Septbr. [Mac Mahon und Raoul Duval.] Ein Banket der „intransigenten Radicale“. — Die beiden summen Verbeugungen, welche der Marshall-Präsident gestern dem Herrn Raoul Duval gemacht hat, sind heute — so schreibt man der „A. Z.“ — das Wesentlichste vom Inhalt der inneren Politik. Der junge und eifige Bonapartist wollte die Gelegenheit der Anwesenheit Mac Mahon's in Rouen benutzen, um die Allianz der Bonapartisten mit der regierenden Gewalt öffentlich zur Schau zu stellen. Er versicherte ihm, daß die Regierung auf seine, Duvals, und seiner Freunde Mitwirkung zählen könne; zur Antwort erhielt er einen summen Rückling, was man in familiärem Deutsch „abblitzen“ nennt. Von Seiten des Marshalls war dieses Verfahren das weiseste, das er einschlagen konnte. — Gestern fand in St. Mandé wieder ein Banket von „intransigenten Radicale“ statt. Die conservativen Blätter machen möglichst viel Lärm davon, weil ihnen Alles daran liegt, dem linken Centrum zu beweisen, daß Gambetta nicht mehr der Führer der Radicale und eine sinnere Allianz mit diesen unmöglich sei. Die Blätter der Linken aber nehmen die Sache ziemlich leicht; die „République Française“ schweigt über das Banket, ein Zeichen, daß ihr die Bewegung, welche auf dem äußersten linken Flügel ihrer Freunde vor sich geht, doch nicht recht geheuer ist. In der That soll die „intransigente“ Naquet'sche Richtung unter den Radicale namentlich im Süden, starke Fortschritte machen, und Naquet, Ordinaire, Madier de Monjau und Genossen erhalten fast täglich neue zustimmende Erklärungen von Republikanern des Südens. Doch wird die Spaltung wohl vorläufig nicht sehr bemerkbar werden, weil ja in der nächsten und wichtigsten Frage, in der Angelegenheit des Scrutinums, die äußersten Radicale mit den gemäßigteren die gleiche Ansicht vertheilen.

[Über den gestrigen Aufenthalt Mac Mahons in Vernon und Rouen] bringt das „offizielle Journal“ folgenden Bericht: Der von dem Kriegsminister, dem Marshall Canrobert, dem General Lebrun, Commandanten des 3. Corps, und einem zahlreichen Stabe begleitete Marshall-Präsident der Republik wohnte heute Morgen bei Vernon einer Messe an, die im Beisein der Truppen und einer ungeheuren Menschenmenge gefeiert wurde. Die Parade fand nach dem Gottesdienst statt. Nach derselben gab der General Lebrun den Generälen und Obersten seines Armeecorps sowie den fremden Offizieren ein Frühstück. Der Kriegs-Minister und der Marshall Canrobert waren zugegen. Der General-Commandeur des 3. Armeecorps brachte einen warmen und bereiten Toast auf den Marshall Mac Mahon, den tapferen Soldaten aus, von dem man sagen könne, daß er ohne Furcht und Tadel sei, welcher keinen anderen Wahlspruch als den auf unseren Fahnen eingeschriebenen „Ehre und Vaterland“ kenne. In seiner Antwort dankte der Kriegs-Minister dem Obercommandanten und beglückwünschte die Truppen des 3. Corps. Von dem Marshall sprechend, sagte Herr de Cissey, daß er sich geehrt fühle, sein Minister zu sein, daß er aber nicht weniger glücklich sei, unter seiner Eingabe der Armee-Reorganisation vorzusehen. „Sie haben“, so fügte er hinzu, „viel gehabt; Sie haben aber noch viel zu thun.“ Der Kriegsminister empfahl der Armee das Beispiel des Staatsoberhauptes; er dankte dann den fremden Offizieren, welche den Mandaten angewohnt. „Es ist die Freude und die Ehre des Waffenhandwerks“, sagte er, „daß es nach der Schlacht keine Feinde mehr giebt. Es giebt nur Soldaten, die sich achten und sich die Hand drücken können.“ Der Minister schloß mit einem Toast auf den Marshall Canrobert. Der Oberst-Lieutenant Staaff, Militär-Attache Schwedens und Norwegens, ergriff im Namen der fremden Offiziere und als der Vertreter das Wort und dankte dem General Lebrun für die ihm beim 3. Corps gewordene Aufnahme. „Die Politik“, sagte er, „ist eine spitzfindige Kunst, die Soldaten nicht ansteht. Ich glaube, die Gesinnungen, welche ich auszudrücken beauftragt bin, nicht zu übertreiben, wenn ich mit Ausschluß einer jeden politischen Anspruchung sage, daß wir der Reorganisation der französischen Armee alles Gute wünschen.“ Der Marshall verließ in Begleitung des Kriegsministers und des Generals Lebrun Vernon um 2 Uhr Nachmittags und gelangte um 3 Uhr 20 Minuten nach Rouen. Er wurde an der Eisenbahn von dem Marineminister und dem Präfekten der Seine Inferieure, dem Maire und dem Gemeinderath empfangen und begab sich nach der Präfectur, wo er alle Behörden und 400 zu seiner Begrüßung herbeigekommene Maires empfing. Die ganze Deputation der „Seine Inferieure“ war anwesend mit Ausnahme des außerhalb des Departements zurückgehaltenen Herrn Pouyer-Duquertier und der Herren Peulvès und Buisson, die erkrankt sind. Der Cardinal Bonnechose (Erzbischof von Rouen) richtete an den Marshall folgende Worte:

Herr Marshall-Präsident! Ich komme mit den Herren General-Bicarien und Mitgliedern des erzbischöflichen Capitels, um Ihnen die Huldigung der Geistlichkeit dieser Diözese darzubringen. Sie ist glücklich, in der Person des Staatsoberhauptes den tapfern Krieger zu begrüßen, der, weit davon entfernt, die Gewalt zu beanspruchen, deren Last nur aus der reinsten Aufrichtigkeit für sein Land annahm. Die Liebe zur Pflicht und zum Vaterlande ist die Seele Ihrer Handlungen, wir wissen es, und wir freuen uns, in derselben die sichersten Bürgschaften für die Religion, die sociale Ordnung und die geselligen Interessen der Familie zu erkennen. Wir danken Gott für die Kräfte, die er Ihnen verleiht, um den Anforderungen Ihrer glorreichen Mission zu genügen, und wir beten zu ihm, Sie auch fürderhin zu segnen und Ihnen seinen heiligen Schutz anzgedeihen zu lassen.

Der Präsident des Appellationshofes ergriff hierauf folgendermaßen das Wort:

Herr Marshall! Ich habe die Ehre, Ihnen den Appellationshof von Rouen vorzustellen. Er ist glücklich, dem Staatsoberhaupt seine Ehrenbezeugungen darzubringen, stolz, den Krieger zu begrüßen, der Frankreich mehr gegeben, als sein Blut, welches ihm seine Ruh mit patriotischer Selbstvergütung geopfert hat. Möge dieses Opfer allen gutgesinnten Leuten als Beispiel dienen. Der Richterstand ist die Armee des Geistes; Sie können auf sie, auf ihre Ergebenheit, auf ihre feste Unterführung zählen, um den Erfolg der großen Mission zu sichern, welche Sie sich für das Heil des Landes auferlegt haben.

Der Marshall-Präsident der Republik dankte dem Cardinal-Erzbischof von Rouen und dem Präsidenten des Appellationshofes für ihre Wünsche und die Versicherung ihrer Ergebenheit. Herr Ancel, Präsident des Generalrathes (er ist auch Deputierter und gehört zu den Gemäßigten der Rechten), redete über die Wiedergeburt Frankreichs, pries den Marshall und schloß mit den Worten:

Wir sind überzeugt, daß unter der Regierung der Republik, deren Oberhaupt Sie sind, Sie nie gestatten werden, daß leidenschaftliche, gefährliche Agitationen sich der fruchtbaren Thätigkeit unterstellen, deren Ergebnisse sich

nirgends schlagender bekräftigen, als in unseren Gegenenden. Das Land, Herr Präsident, wird die Politik der Beruhigung, der wahren Freiheit, die conservative Politik, welche immer die der National-Versammlung war und die auch die Ihrige ist, ratifizieren. Es weiß, daß diese Politik allein ihm ruhige Tage in der Gegenwart geben und beruhigende Aussichten für die Zukunft vorbereiten kann.

Auf diese Worte erwiberte der Marshall-Präsident der Republik: „Sie haben Recht, Vertrauen auf mich zu setzen. So lange ich die Regierung haben werde, werde ich die Ordnung aufrecht erhalten.“ Der Marshall beglückwünscht alsdann den Generalrat wegen des kommerziellen Wohlstandes des Departements. Der Präsident der Seine Inferieure stellte dem Präsidenten der Republik hierauf die Maires des Departements vor: „Sie werden nirgends die Regierung ergebener und Ihrer Person zugethan finden.“ Die Menge drängte sich auf den Platz des Marshalls fortwährend an ihn heran und bereitete dem Staatsoberhaupt die sympathischste und wärmste Aufnahme. Eine weitere Ansprache an den Marshall, deren aber das offizielle Blatt nicht erwähnt, hielt Raoul Duval, der bekanntlich die bonapartistische Rede auf dem landwirtschaftlichen Fest in der Cure hielt, auf welchem auch der Brief des Admirals La Roncière vorgetragen wurde, der dessen Ablegung zur Folge hatte. Die „Agentur Havas“ erzählt darüber, wie folgt:

Herr Raoul Duval und drei seiner Collegen von der National-Versammlung, welche sich den übrigen Deputirten des Departements nicht angeschlossen hatten, stellten sich dem Marshall ganz unerwartet vor. Herr Raoul Duval sagt, daß ungeachtet einiger politischen Missbilligkeiten der Marshall auf seine feiste Unterführung zählen könne. Der Marshall begnügte sich damit, eine Verbeugung zu machen. Leon Duval fügte hinzu: „Wir hielten darauf, Ihnen dies mitzuhilfen.“ Der Marshall verbeugte sich nochmals, ohne irgend eine andere Antwort.

Heute besuchte der Marshall in Rouen die öffentlichen Gebäude, Hospitäler und Wohltätigkeitsanstalten. Um 9 Uhr besuchte er die Kathedrale, wo er vom Cardinal-Erzbischof de Bonnechose an der Spitze seiner Geistlichkeit empfangen wurde. Der Cardinal hielt eine Rede, worin er dem Marshall auseinandersetzte, daß wegen Geldmangels der Thurm der Kathedrale nicht beendet werden konnte, und verlangte deshalb die Unterstüzung der Regierung. Der Marshall versprach, sich mit dem Unterrichts-Minister über die Sache zu beschäftigen. Um 11½ Uhr kam der Marshall nach der Präfectur zurück, um sein Frühstück einzunehmen. Zu demselben waren befohlene der Präfect, der Kriegs- und der Marineminister, der General Lebrun und des Marshalls Adjutanten. Um 11 Uhr 55 Minuten fuhr der Marshall nach Paris zurück.

[De Broglie und Buffet.] Eine Mitteilung des offiziellen „Moniteur“ lehrt, daß de Broglie in Zukunft die Buffet'sche Politik unterstützen will. Diese Note besagt: „Wir können gewißlich die Blätter des linken Centrums (d. h. die „Debats“ und das „Echo“) wegen ihrer Haltung dem Herzog von Broglie gegenüber nur beglückwünschen. Auf den bitteren und ungerechten Tadel, mit welchem man ihn überhäufte, folgen Worte der Sympathie und fast des Vertrauens. Wir sind glücklich über diesen Umschwung, der, wenn er aufrechtig ist, die nützlichsten Consequenzen für die Befestigung der Republik haben kann. Ja, es ist gewiß, daß der Herzog v. Broglie der Verfassung vom 25. Februar seine Zustimmung gegeben, und daß sein Beispiel sehr wirksam sein kann, um die Gemüther zu beruhigen, welche das Wort „Republik“ bis jetzt noch erschreckt. Man würde sich aber täuschen, wenn man aus Herrn de Broglie das Werkzeug machen wollte, um in der Arrondissements-Abstimmungsfrage die Autorität des Ministeriums zu schwächen. In dieser Frage, wie auch in der Gesamtheit der Politik der Regierung ist der Herzog der nämlichen Ansicht wie Herr Buffet, und es ist jedenfalls ein kanadisches Mandat, zu suchen, den einen dieser Staatsmänner dem andern gegenüberzustellen. Ubrigens ist die Gesamtheit der inneren Lage eine wirklich sehr befriedigende. Die Aufnahme, welche dem Marshall-Präsidenten der Republik in der Normandie wurde, scheint immer mehr und mehr das Vertrauen darzuthun, welches er dem Lande durch die Geradheit seiner Handlungen und durch die Sorgfalt einflößt, mit welcher er die Spaltung entfernt, welche Herr Thiers zu unterhalten sucht. Auf diese Weise fassen wir die Rolle in den schwierigen Zeiten auf, welche wir durchzumachen haben. Die Haltung des Marshalls erleichtert zur Genüge die Bildung jener großen constitutionellen Partei, welche die zukünftigen allgemeinen Wahlen schaffen sollen.“ So der „Moniteur“, aus dessen Sprache zur Genüge hervorgeht, daß de Broglie, der im Grunde genommen sich schon in der letzten Session dem 25. Februar anschloß, in seiner Rede weiter nichts vertheidigen wollte als die Politik des Herrn Buffet, die bekanntlich darauf abzielt, auf dem Boden der republikanischen Verfassung eine Politik zu treiben, die reactionär genug ist, um im Vatican keinen Anstoß zu erregen.

○ Paris, 28. September. [Der Empfang Mac Mahon's in Rouen. — De Broglie und die Orleanisten. — Legitimistisches. — Eine Rede des Finanzministers. — Die neueste Rede L. Blanc's. — Aus Amerika.] In der Präsidenschaft ist man höchst zufrieden mit dem Empfang, welchen Mac Mahon in Rouen gefunden hat. Wie es scheint, existirten in dieser Hinsicht einige Zweifel. Rouen gilt nicht eben für eine Stütze der moralischen Ordnung; es war bekannt, daß seine Bevölkerung dem Vorgänger Mac Mahon's ein gutes Andenken bewahrt. Zu den politischen Erwägungen konnte sich überdies bei der Bevölkerung dieser Stadt noch eine Verschämung gesellen, die in der Verlebung städtischer Interessen ihren Grund hatte; bekanntlich wollte Thiers in der unmittelbaren Nachbarschaft von Rouen ein großes verschlossenes Lager für die Dauer errichten, und dieser Plan ist von seinen Nachfolgern aufgegeben worden. Wenn aber die Bewohner dies der jetzigen Regierung nachfragen, so ließen sie bei dem Besuch des Staatsoberhauptes nichts davon merken. Es fragt sich nun, wie man in den örtlichen Kreisen diese Neiseindrücke des Marshalls verwerthen wird; ob man die freundliche Haltung der Bevölkerung dahin deuten wird, daß die Annahme der republikanischen Verfassung im Lande eine gute Wirkung gehabt und daß folglich die Regierung des Marshalls zu ihrem eigenen Nutzen darauf bedacht sein müsse, die Verfassung zur Wahrheit zu machen? oder ob man die Huldigungen, welche dem Staatsoberhaupt zu Theil geworden sind, als persönliche Huldigungen betrachten und darin einen Grund sehen wird, die jetzige reactionäre Politik mit neuer Energie fortzusetzen? — Der Duc de Broglie ist mehr und mehr der Mann des Tages und der Staatsmann der Zukunft. Der „Moniteur“ beheuert zwar, daß de Broglie in allen politischen Fragen und namentlich in Bezug auf die großen Wahlstage mit Buffet Hand in Hand giebt, und wer sich an die Vergangenheit des Herzogs erinnert, dem wird diese Versicherung sehr glaubwürdig scheinen. Trotzdem fehlt es nicht an Leuten, die aus de Broglie mit aller Gewalt eine Leuchte des Liberalismus machen wollen. Die „France“ macht heute bekannt, daß der Minister des 24. Mai zu den Republikanern übergetreten ist, weil er definitiv erkannt hat, daß die Prinzen von Orleans zu der Republik halten wollen. Die Prinzen haben sich nach dem Blatte Em. de Girardin's bestimmt geweigert, die republikanischen Leidenschaften, welche die „France“ ihnen singt in den Mund legte, zu dementieren. Allem Anschein nach ist die politische Komödie, die eben jetzt in den Zeitungen aufgeführt wird, in Scène gesetzt, um die

Annahme der Arrondissementsabstimmung in den Kammer zu erleichtern. Wenn die d'Orleans und de Broglie wirklich Republikaner werden, so wäre es von Seiten des linken Centrums abschaulich, sich nicht durch die Annahme der Arrondissementswahlen dankbar zu erweisen. Die Anhänger der Regierung seien alle Hebel in Bewegung, um in der Wahlangelegenheit Sieger zu bleiben, und sie haben allerdings Veranlassung dazu, wenn es wahr ist, was man seit gestern versichert, daß nämlich der Graf von Chambord seinen Freunden gerathen hat, für das Listen-Serumin zu stimmen. Die Sprache der bonapartistischen „Union“ läßt dies Gerücht nicht als unwahrscheinlich erscheinen. — Die „Debats“ geben abermals von einer militärischen Nieder-Kunde. Der Finanzminister Léon Say hat am Sonntag die Bürgermeister des Kantons Isle-Adam um sich versammelt und beim Diner einen Trinkspruch auf Mac Mahon ausgetragen. Von Léon Say ließ sich eine ganz verfassungsmäßige Sprache erwarten und sein Toast ist denn auch ein Lob auf die Verfassung, deren günstige Folgen für die Beschleunigung des Landes und den nationalen Reichthum der Niederlande eingehend darlegt. — Die „République Française“ widmet heute der L. Blanc'schen Rede eine lange Betrachtung, die unzweckhaft ist, nach ihrer pomposen breitspurigen Manier, aus der Feder Syller's geflossen ist. Mit vielem Lobe für die glänzenden Eigenschaften L. Blanc's bleibt der intime Freund Gambetta's vernünftigerweise zu verstehen, daß die heutigen Republikaner Unrecht hätten, die Convention von 1792 in allen Stücken nachzuhmnen zu wollen, da die Umstände heute ganz andere sind als damals und die Masse der Nation nicht von jenem außerordentlichen Enthusiasmus beseelt ist, der die Franzosen von 1792 kennzeichnete. — Es hat sich hier ein Comité gebildet, welches zu Unterzeichnungen für die Errichtung einer kolossal Statue der Freiheit am Eingange des Hafens von New-York aufzufordert. In dem Aufsatz, der eben veröffentlicht wird, lesen wir unter Anderem: „Amerika wird nächstens das Säcularfest seiner Unabhängigkeit feiern. Im Verein mit unseren Freunden in den Vereinigten Staaten glauben wir, daß dies eine Gelegenheit ist, Frankreich und Amerika zu einer gemeinsamen Kundgebung zu vereinigen. Dies Moment wird insgemein von den beiden Völkern ausgeführt werden, die sich in diesem brüderlichen Werke verbinden, wie sie einst verbunden waren, um die amerikanische Unabhängigkeit zu gründen.“ Unterzeichnet ist der Aufsatz von dem amerikanischen Gesandten Washburne, dem Marquis de Noailles, Laboulaye, H. Martin u. s. w.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 30. Sept. Angelommen: Ihre Durchl. Fürstin Czartoryski aus Galizien. Frau Appell-Ger. Präsident Simson aus Görlitz. v. Adler, Oberst u. Festungsins. a. Posen. (Fremdb.)

[Geh. Ober-Regierungsrath G. v. Struensee +.] Der Geh. Ober-Regierungsrath a. D. G. v. Struensee, als Romaniststeller unter dem Namen: „Gustav v. See“ in den weitesten Kreisen bekannt, ist gestern Morgen, von einer größeren Reise eben zurückgekehrt, nach längerer Krankheit im 72. Lebensjahr gestorben. Einen ausführlicheren Necrolog des Verbliebenen behalten wir uns vor.

\* [Reformationstag.] Die heilige freie Gemeinde feiert nächsten Sonntag das Reformationsfest. Die Festpredigt wird Herr Johannes Ronge in der Erbahrungshalle Grünstraße 6 abhalten. Montags wird die gesellige Feier in Friedrich's Salon stattfinden, welcher Herr Ronge bewohnen wird.

\* [Zur Ergänzung] des Artikels aus Königshütte in der gestrigen Morgenzeitung der „Breslauer Zeitung“, betreffend die Einweihung der Synagoge dafelbst, sei bemerkt, daß die Verfertigerin des neuen, höchst kunstvoll gearbeiteten Vorhangs Frau Friederike Knoche aus Gleiwitz ist.

\* [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der lebhaftesten Woche sind hierzulande polizeilich angemeldet worden: Als geboren 102 Kinder männlichen und 94 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 196 Kinder, wovon 19 außerschlechtlich; als gestorben 79 männliche und 66 weibliche, zusammen 145 Personen incl. 7 todgeborener Kinder.

§ Striegau, 29. September. [Bürgermeister-Wahl.] Zu der heutigen Nachmittag stattgefunden Wahl des neuen Bürgermeisters an Stelle des wegen Krankheit abgegangenen Bürgermeisters Linke hatten sich die Mitglieder des Stadiverordneten-Collegiums volljährig eingefunden. Da bei dem ersten Scrutinium keine Majorität herbeigeführt wurde, so mußte zu einer zweiten Wahl geschritten werden, bei welcher Dr. Vinzel, Syndicus der Breslauer Disconto-Bank in Breslau, mit 13 gegen 9 Stimmen, welche auf den Referendar Herrn Hirschfelder in Neumarkt fielen, zum Bürgermeister der Stadt Striegau gewählt wurde. Der Gewählte wurde hierauf telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

Leobschütz, 29. September. [Oberschlesischer Städetag.] Am 27. September fand in Leobschütz der durch Beschluss vom 13. August er. anberaumte Städetag im Stadtvorsteheramtssaal statt. Auf demselben waren vertreten die Städte: Bauerow, Beuthen O.-S., Berun, Gose, Gleiwitz, Kattowitz, Leobschütz, Myslowitz, Nicolai, Neisse, Peitskretscham, Rybnik, Gr.-Strehlitz, Sorau, Tost, Tarnowitz und Loslau. Für den in Folge seines Umzuges nach Halberstadt verhinderten Bürgermeister Bödcher (Königshütte) übernahm den Vorw. Bürgermeister Küpper (Beuthen). In die Tagessordnung eingehend wurde ad I. die vom Bürgermeister Bödcher entworfenen und durch Bürgermeister Küpper vorgetragene Geschäftsordnung genehmigt.

ad II. wurde von dem durch den Bürgermeister Küpper (Kattowitz) mitgetheilten Schriften des Vorstandes zur Ausführung der Beschlüsse des Städetages vom 17. Februar er. Kenntnis genommen und über die von dem Bürgermeister Küpper (Kattowitz) vorgetragene Rechnung, nach welcher die Einnahme 205 Mark, die Ausgabe 100,40 Mark betragen, also ein Bestand von 104,60 Mark vorhanden ist, Decharge ertheilt.

ad III. wurde Versammlung nach längerer Debatte darüber einig, daß die Zahl der Jahrmarkts auf 3 zu befrachten, von denen je einer im Frühjahr, Herbst und Winter abzuhalten seien, daß dagegen der Erwähnung der localen Verhältnisse der einzelnen Städte überlassen bleibet, ob auch die Beiträge der einzelnen Jahrmarkte einzuschließen seien;

ad IV. wurde beschlossen, Decharge Abänderung der Kreis-Ordnung und zu dem einbringenden Gesetz-Entwurf der neuen Städte-Ordnung, zu den in Aussicht gestellten Gesetzen über die Communal-Besteuerung, zum Wege-Gesetz, zum Gesetz über die Zuständigkeit der durch die neuen Verwaltungs-gesetz geschaffenen Behörden bei der Staats-Regierung und bei dem Hause der Abgeordneten zu petieren:

a. um Befreiung der Städte von der polizeilichen Beaufsichtigung der Landräte;

b. um Befreiung der Städte von der Beitragspflicht zu den Kreis-Comunal-Abgaben; soweit solche zur Deckung der Ausgaben für Kreis-Bauämter, Kreis-Thierärzte, Kreis-Kranken- und Siechenhäuser, Kreis-Armenhäuser, Kreis-Wegebauden zu erhoben werden;

c. um Wiederherstellung event. Erweiterung der Kompetenz der städtischen Polizei-Verwaltung, gegenüber den Kreis-Ausschüssen;

d. Herstellung der früheren Beschwerde-Instanz gegen polizeiliche Verfügungen der städtischen Polizei-Verwaltungen und Befreiung von der Instanz der Kreis-Ausschüsse, wie solche in den §§ 134, 135 der Kreis-Ordnung ausgeschlossen ist;

e. Aufhebung der Bestimmungen des § 4 der Kreis-Ordnung, insoweit nur Städte von 25,000 Einwohnern aus dem Kreisverband ausscheiden dürfen und dafür die Minimalziffer auf 10,000 Einwohner zu stellen.

ad V. Nach längeren Vorträgen der Ne- und Correferenten und nach einer ergebnisreichen Debatte, wird die vom Referendar Küpper (Beuthen) entworfene Resolution nachstehenden Inhalts:

1) Der Oberschlesische Städetag erkennt als eine Verpflichtung der Gemeinden an, für die hinterbliebenen ihrer pensionsberechtigten Beamten

zu sorgen.</

3) Der Oberschlesische Städtetag hält für erwünscht, die Gründung von städtischen Witwen- und Waisenversorgungs-Kassen für größere Bezirke, 4) stellt aber denjenigen Gemeinden, welche schon vorher die fragliche Versorgung der Hinterbliebenen ihrer Beamten übernehmen wollen, anheim, den Eintritt ihrer Beamten in eine Witwen-Pensions-Kasse oder deren Lebensversicherung zu veranlassen und die Prämien entweder ganz oder halbweise aus dem Städtebudget zu zahlen.

in allen Punkten zum Erfolg erheben;

ad VI. Nach dem Vortrage des Res. und Correferenten und nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, den Vorstand zu erjuden, von den dem Städtebudget beigetretenen Stadtgemeinden statistisches Material über die Höhe der Beerdigungskosten für Arme, sowie der Kosten für die ärztliche Behandlung aus den letzten 5 Jahren zu erheben, wobei der Städtetag ausdrücklich seine Ansicht dahin ausspricht, daß der Ministerial-Erlaß vom 15. Juli 1863 über die Höhe der zu erzielenden Beerdigungskosten aufgrund einer Entscheidung des Bundesamts für das Heimathauswesen nicht mehr zu Recht besteht;

ad VII. spricht sich der Städtetag dafür aus, dem zu gründenden Deutschen Städtebunde beizutreten, hält aber die Beschildung der constituerenden Versammlung für nicht erforderlich;

ad VIII. wurden in den Vorstand durch Acclamation gewählt: Bürgermeister Stephan (Leobisch), Küper (Beuthen), Rappell (Ratibor) und Syndicus Heilmann (Neisse), welche die Wahl anzunehmen sich bereit erklärten; als Vorort für das nächste Jahr wurde Beuthen bestimmt, und die Festsetzung der nächsten General-Versammlung, bezüglich des Ortes und der Zeit dem Vorstande überlassen. Schließlich wurde zu VIII. der Tagesordnung von dem Bürgermeister Kreidel (Gleiwitz) ein gebrachter Antrag dahin gehend:

der Städtetag wolle beschließen, daß er die Königliche Regierung nicht für berechtigt erachtet, die Communen zu zwingen, ihren Clementarlehrern Wohnung und Beheizungsschädigung zu gewähren,

nach kurzer Debatte vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Versammlung tagte von 9 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags mit einer kleinen Unterbrechung von einer halben Stunde, und fand sodann das Diner im Rathaussaal statt, an welchem sämmtliche Vertreter der Städte, sowie eine Anzahl Bürger hauptsächlich Stadtoberverordneten von Leobsch. Theil nahmen. Der Saal war festlich geschmückt, und fehlte es bei der gemütlichen Tafel nicht an Leckereien, wir erwähnen, darunter den auf Se. Maj. unsern Kaiser, ferner auf die Stadt Leobisch, deren Bürgermeister etc. Eine Anzahl Deputirter verließ jedoch bald nach dem Diner den Ort, um der Heimat zu zuwenden, während der größere Theil noch einige Stunden in gemütlichster Harmonie zusammenblieb. (R. Beuthen. Stadtbl.)

p. Königshütte, 28. Sept. [Abgang.] Am 1. October verläßt Lehrer Drödow, welcher 11 Monate hier gewirkt hat, unsern Ort, um seine neue Stellung in Breslau zu übernehmen. Er hat bei seiner Begabung und Lehrergeschicklichkeit nicht nur befriedigende Resultate bei den Kindern zu erzielen verstanden, sondern auch nach außen hin sich stets in liberaler Weise und als ein treuer Anhänger des Staates gezeigt. Er ist der vierte Lehrer, der in diesem Jahre unsere Stadt verläßt.

+ Ratibor, 29. September. [Verein der Aerzte Oberschlesiens.] Wir glauben der guten Sache einen Dienst zu erweisen, wenn wir auch an dieser Stelle in Erinnerung bringen, daß am Sonntag, den 3. October, der Verein der Aerzte Oberschlesiens seine dritte ordentliche Sitzung hier selbst in Bruds Hotel abhalten wird. Bei der sehr reichhaltigen Tagesordnung werden hoffentlich viele Aerzte des Regierungs-Bereichs den Verhandlungen beizuhören, zumal der gegenwärtig sehr günstige Gesundheitszustand der Bevölkerung ihnen eine so kurze Abwesenheit von der Heimat gestatten dürfte. Von interessanten Vorträgen erwähnen wir die des Sanitätsarztes Dr. Szmulow zu Breslau über Grubengase und des Kreiswundarztes Dr. Schlockow zu Rositz über Hüttengase.

(Notizen aus der Provinz.) \* Muskau. Der Prinz Friedrich der Niederlande gedenkt Mittwoch, Mittags, auf Schloß Muskau zu längerem Aufenthalt einzutreffen.

+ Friedberg a. d. Der „Görl. Anz.“ meldet: Erst am 30. August c. hatte die Brandungslid bei Schwerdiner u. Scholz in Borsigsdorf so Vieles zerstört und vernichtet und schon wieder muß von einem ähnlichen, großen Unfall berichtet werden. Donnerstag früh nach 4 Uhr sind bei ziemlich heftigem Winde in Giehren 14 Befestigungen abgebrannt, dabei auch der Kretscham. Es sind leider auch 2 Pferde, 2 Ochsen, 2 Schweine und verschiedene Flederziehen bei dieser Gelegenheit umgetötet. Entstehungsursache noch unbekannt.

Δ Hirschberg. Der „Bote“ berichtet: Am 28. September früh in der 6. Stunde brannten in Rabishau 6—7 Befestigungen ab. Ein Reisender berichtet uns, daß dieselben in vollen Flammen standen, als er mit dem Frühzuge die dortige Bahnstation passierte.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

### Verordnung

über die Ausübung der Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden.

Wir Wilhelm, von Goites Gnaden König von Preußen ic. verordne in Gemäßheit des § 55 des Gesetzes über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875, auf den Antrag Unsers Staats-Ministeriums, für den Umfang des Monarchie, was folgt:

Art. 1. Die in den §§ 48, 50 bis 52, 53 und 54 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 angegebenen Aufsichtsrechte des Staats werden ausgebüttet:

1) von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten bei dem Erwerb, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundbesitz (§ 50 Nr. 1), wenn der Wert des zu erwerbenden oder zu veräußernden Gegenstandes, oder wenn der Betrag der Belastung die Summe von zehntausend Mark übersteigt, bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben (§ 50 Nr. 2), bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst bestimmter Gebäude (§ 50 Nr. 4), bei der Anlegung von Begräbnisplätzen (§ 50 Nr. 5);

2) von dem Ober-Präsidenten in den Fällen des § 50 Nr. 7;

3) von dem Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) in den übrigen Fällen des § 50, sowie in den Fällen des § 48 und der §§ 51 bis 54.

Art. 2. Dem Kirchenvorstand steht die Berufung zu, und zwar gegen Verfügungen des Ober-Präsidenten — Artikel 1 Nr. 2 — an den Minister des Innern und den Minister der geistlichen Angelegenheiten, gegen Verfügungen des Regierungs-Präsidenten (Landdrosten) — Artikel 1 Nr. 3 an den Ober-Präsidenten, welcher endgültig entscheidet. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigezeichnet Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 27. September 1875.  
(L. S.)

Wilhelm.  
Fürst v. Bismarck. Camphausen. Gr. zu Culenburg. Leonhardt.  
Fals. v. Kameke. Achenbach. Friedenthal.

Substationen im October.

Neg.-Bez. Breslau.

Breslau, Grundstück Nr. 5961 der Vorwerksstraße, 7. October 11 Uhr, Städterichter Breslau.

Nieder-Obernigk, Grundstück Nr. 66, 68, 69, 70, 71 und 72, 30. Octbr.

11 Uhr, Kreisgericht Trebnitz.

Blumenau, Grundstück Nr. 71, 28. October 10 Uhr, Kreis-Gericht Wal-

denburg.

Ober-Mühlwitz, Freistelle Nr. 1, 12. October 10 Uhr, Kr.-Ger.-Commission

Bernstadt.

Borne, Leerhäuserstelle Nr. 54, 9. October 11 Uhr, Kr.-Ger. II. Abth.

Neumarkt.

Schmöls, Grundstück Nr. 51, 1. October 10 Uhr, Kr.-Ger. Breslau.

Gottesberg, Grundstück Nr. 431, 7. October 10 Uhr, Kreis-Gericht Wal-

denburg.

Breslau, Grundstück Nr. 11 der Neuen Matthiast. und Nr. 3 des Mat-

thiasplatzes, 14. October 11 Uhr, Städterichter Breslau.

— Ackerparzelle (Matthiasfeld) Band XV. Blatt 361 des Grundbuches der

Odervorstadt, 21. October 11 Uhr, Städterichter Breslau.

Nieder-Steine, Grundstück Nr. 75, 23. October 3 Uhr Nachmittag, Kr.-Ger.

Glatz.

Schwentroßhain, Freistelle 5, Ackerstelle Nr. 55 und 67, 4. Octbr. 3 Uhr

R. M., Kr.-Ger. II. Abth. Militz.

Neg.-Bez. Liegnitz.

Sagan, Fabrik-Befestigung Nr. 690, 13. October 11 Uhr, Kr.-Ger. Sagan.

Grünberg, Hausgrundstück Nr. 245 IV. Bietels, 29. October 11 U.

Kr.-Ger. Grünberg.

Hermsdorf u. R., Garten Nr. 22 u. 23, 28. Oct. 10 U., Kr.-Ger.-Com-

mission Hermsdorf u. R.

Liegnitz, Grundstück Nr. 482, 8. Oct. 10 1/2 U., Kr.-Ger. Liegnitz.

Nieder-Hartmannsdorf, Bauergr. Blatt Nr. 14 des Grundbuches,

28. Oct. 11 U., Kr.-Ger.-Commission Halbau.

Poltwitz, Hausgrundstück Nr. 21, 20. Oct. 3 U. Nachm., Kr.-Ger.-Com-

mission Poltwitz.

Neg.-Bez. Oppeln.

Ratibor, Haubebauung Nr. 99, 1. Oct. 9 U. Borm., Kr.-Ger. Ratibor.

Deutsch-Piast, Grundstück Nr. 127, 28. Oct. 9 1/2 U., Kr.-Ger. Beuthen.

Wilhelmsdorf, Befestigung Nr. 4, Nr. 42 zu Schardjin und Nr. 144 zu

Pawlow, 4. Oct. 11 U., Kr.-Ger. Ratibor.

Jacobsdorf, Grundstück Nr. 15 u. 46, 25. Oct. 10 U., Kr.-Ger. Jallenberg.

Wischni, Bauerstelle Nr. 17, 27. Oct. 10 U., Kr.-Ger.-Comm. I. Tost.

Nicolai, Dampfmühlenbefestigung Nr. 211, 20. Oct. 12 U., Kr.-Ger.-Comm. I.

Nicolai.

Guszwitz, Grundstück Nr. 20, 14. Oct. 11 U., Kr.-Ger. Jallenberg.

die Ubalius-Kanone beanspruchen. Summen zu stimmen, allein man darf nicht vergessen, daß die Angaben des Herrn v. Preiss, soweit sie Thatsachen betreffen, Glaubwürdigkeit beanspruchen dürfen. Dieser Minister hat bewiesen, daß seine Ansichten dem Irrthum unterworfen sind, eine absichtliche Dreführung aber liegt nicht in seinem Charakter, denn er ist ein Mann von Ehre.

Wien, 29. Septbr. [Die Einnahmen der Lombardischen Eisen-

bahn] (Österr. Neg.) betragen in der Woche vom 17. bis zum 23. Septbr.

685,364 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs

eine Mindereinnahme von 13,390 fl.

[Das Moratorium in Serbien.] Die Wiener „Presse“ schreibt: Die

vom „Correspondent-Bureau“ gebrachte Nachricht, daß die Kaufmannschaft

in Belgrad von der serbischen Regierung ein Moratorium verlangt, hat

nicht vorgeholt, in den hiesigen kaufmännischen Kreisen, namentlich in der

Manufacturbranche, Aufregung und Bestürzung hervorgerufen, was um so

begreiflicher erscheint, als der hiesige Platz ihels für eigene, theils für

fremde Rechnung mit mehreren Millionen Gulden in Belgrad engagirt ist.

Es sind denn auch von zahlreichen hiesigen Firmen Anfragen in Belgrad

speziell beim dortigen k. Consulate erfolgt, und stehen die Antworten noch

im Augenblick aus. Wir können nun unmöglich glauben, daß die Belgrader

Kaufmannschaft corporativ einen Schritt gethan habe, welcher den Credit

des Landes so schwer schädigen würde. Vermuthlich handelt es sich hier ein-

sach um das Bestreben einiger dunkler Ehrenmänner, welche im Trüben

fischen können zu können glauben. Wenigstens wissen angehörende Kaufleute aus

Belgrad, welche erst gestern hier eintrafen, nichts von der ganzen Sache.

Wie immer aber der Sachverhalt sein mag, so erwarten wir, daß die serbische

Regierung, welche dem Begehr der Belgrader Kaufmannschaft nach einem

Moratorium selbst während des Bombardements im Jahre 1862 keine Folge

gab, es auch diesmal nicht an der gleichen sittlichen Rigorosität wird fehlen

lassen. Dies umso mehr, als die Umstände zu einem solchen äußersten Schritte

durchaus noch keinen Anlaß bieten und die englische und schwedische Ge-

richtsweile, welche in Belgrad noch viel höher engagiert ist als Österreich,

sicherlich energischer Schritte unternehmen würde. Wie wir hören, thelt man

in hiesigen Finanzkreisen unsere Auffassung, und wurden heute in mehreren

hiesigen Compte-Instituten Belgrader Wechsel anstandslos genommen.

Manchester, 23. Septbr. [Carne und Stoffe.] Bessere Berichte aus

Indien und mehr Lebhaftigkeit in Baumwolle führen sofort nach Datum

unseres letzten Berichts zu einer eher besseren Stimmung, mit der Reaction

in Liverpool lehrte aber die fröhliche ruhige Stimmung zurück und ist das

Geschäft beträchtlich gewesen, während die fernere Weigerung der Produzenten,

selbst mäßige Concessions zu gewähren, verhindert, daß Aufträge in ziem-

lichem Umfange ausgegeben wurden.

Carne. Export-Qualitäten waren im Allgemeinen wenig gefragt und

finden Notirungen kaum behauptet. Muß Nr. 40 war schwer verkauflich und

Preise unregelmäßig. Water Twiss ist in den meisten Geschäften zu den No-

trungen nicht leicht verkauflich und operieren die Käufer sehr selten.

Stoffe. Für Ostindien bestand mehr Frage und könnten in den gerin-

geren Qualitäten grauer Shirts mehr Geschäft gemacht werden, wenn die

Inhaber etwas nachgeben wollten, doch sind die meisten Produzenten gut

engagiert und halten fast auf Notirungen. Mittlere und beste Sorten werden

wenig gefragt und sind Preise etwas zu Käufers Gunsten. Madapollams,

Tacoris und Muill in fl

Wechsel-Courses.

Amsterdam	100 Fl.	8 T.	124	168,95	bz
do.	do.	2 M.	34	167,40	bz
Belgische Plätze	8 T.	4	85,95	bz	
do.	do.	2 M.	4	86,50	bz
London	1 Lst.	8 T.	2	20,322	bz
do.	do.	8 M.	2	20,20	bz
Paris	100 Frs.	8 T.	4	89,60	bz
Petersburg	100 R.	8 T.	4	270,90	bz
Warsaw	100 Zl.	8 T.	4	273,33	bz
Wien	100 Fl.	8 T.	4	186,40	bz
do.	do.	2 M.	4	179,00	G

Fonds- und Geld-Courses.

Freiw. Staatl.-Anleihe	47	—	—	—	—
Staats-Akt.	47	47%	47	—	—
do.	consolid.	47	104,50	bz	—
do.	4%	47	87,90	bz	—
Staats-Schuldscheine	47	81,40	bz	—	—
Präm.-Anleihe	v. 1855	24	127,50	bzG	—
Berliner Stadt-Oblig.	47	101,50	bz	—	—
Berliner	47	101,00	bz	—	—
Fommerische	37	83,90	bz	—	—
Posenische	47	83,30	bz	—	—
Schlesische	37	82,30	bz	—	—
Kur. u. Neumärk.	4	95,50	bz	—	—
Pommersche	4	97,25	bzE	—	—
Posensche	4	95,00	bzG	—	—
Preussische	4	97	bz	—	—
Westfäl. u. Rhein.	4	99,00	bz	—	—
Sächsische	4	97,50	bzB	—	—
Schlesische	4	96,00	bz	—	—
Badische Präm.-Akt.	4	123,50	bzG	—	—
Raierische 4% Anleihe	4	102,50	bz	—	—
Cöln-Mind. Prämiesch.	37	102,50	bz	—	—

Kurb. 40 Thlr.-Loose	268,50	bz		
Ducaten	561	oz		
do.	einfl. Leip.	99,95	G	
sovor	20,38	bz		
Reisen.	Bkm.	181,00	bz	
Hapsiens.	19,90	bz		
do.	Reisen.	213	10	bz
Imperials	—	—	—	
Dollars	4,17	bz		

Hypotheken-Certifikate.

Krapp'sche Partial Obl.	5	103,60	bz	
Unik. Pfld. d. Fr. Hyp. B.	5	100,60	bz	
do.	do.	5	101	bz
Deutsche Hyp.-Bk-Pfd.	5	99,75	bzG	
Kündb. Cest.-Bod.-Cr.	5	100	G	
Zukund. do.	1872	5	101,50	bzG
do.	rückz.	110	100,50	bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd. B.	5	104,50	bzG	
do.	III. Em.	5	101,50	bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	100,60	G	
Hyp. Anth. Nord-G.-C.E. 5	5	101,50	bz	
Fam. Hypoth.-Briefe 5	5	105,00	G	
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5	5	104,25	bz	
do.	II. Em. 5	5	106,75	bz
do.	5% Pr. Kkbl. mhd. 5	5	103,50	bzG
do.	5% do. do. 110	5	98,25	bzG
Meining. Präm.-Pfd.	4	102,25	00	
Oest. Silberpfandb.	5	58,00	G	
do.	Hyp. Crd. Pfdr. 5	62,00	G	
Pfdr. d. Ost. Bd.-Or. G.	5	89,50	G	
Schles. Bodenr. Pfndr. 5	6	100,72	G	
do.	do.	4	94,25	G
Südd. Bod.-Ost. Pfld. 5	3	102,00	G	
Wiener Silberpfandb.	5	59,90	B	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	47	65,10	bz
do. Papierrente	47	62,70	bz
do. 5%r Präm.-Anl.	4	111,75	G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	117,75	bz
do. Credit-Loose	—	350,00	bz
do. 5%r Loose	—	265,00	bz
Easa. Präm.-Anl. v. 65	5	199,50	bz
do. Bod. Cred.-Pfd. 5	5	193,50	bzG
Eust.-Pol. Schatz-Obl.	5	69,25	bz
Poln. Pfandb. III. Em.	4	86,60	bz
Poln. Liquid.-Pfandb.	4	69,90	bz
Amerik. rücka. p. 1881	5	103,75	bz
do. do. p. 1885	5	95,90	bzB
do. 5%r Anleihe	5	99,10	bz
Franso. Renten	5	—	—
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,26	bz
Ital. Tabak-Oblig.	5	100,60	bz
Snab.-Gräcer 100 Thlr. L.	4	82,55	bz
Rumänische Anleihe	8	144,50	G
Türkische Anleihe	5	23,80	bz
Ung. 5%r-Eisenb.-Anl.	5	75,50	bzB
Schwed. 10 Thlr.-Loose	40,70	G	
Finnische 10 Thlr.-Loose	88,00	bz	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berlin-Görlitz	5	5	63	bz	
Berlin. Nordbahn	5	5	fr.	1,50	bzB
Bresl.-Warsch.	5	5	29,75	R	
Halle-Sorau-Gub.	5	5	20	bz	
Hannover-Altenb.	5	5	24,75	B	
Kohlfurt-Falkenh.	5	5	5	5	
Märkisch-Posen	5	5	63,75	B	
Magdeb.-Halberst.	3	5	51	bzG	
do.	Lit. C.	5	81,75	bzG	
Ostpreu. Südbahn	5	5	81,60	bzG	
Pomm. Centralb.	5	5	0	0,90	bz
Rechte-O.-U.-Bahn	5	5	103,60	bz	
Stargard.-Posener	4	5	87	bz	
Thüringer	7	7	114,80	bz	
Warsch.-Wien	11	10	233,50	bz	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Büd. pr. 1873	1874	21	25	50	24
Aachen-Maastricht	1	5	25	bz	
Berg.-Märkisch.	2	3	78,50	25	bz
Berl.-Auhalt	15	8	105,50	25	bzB
do.	Bresl.	5	5	29	bz
Berl.-Görlitz	3	5	34,10	bz	
Berl.-Hamburg	10	5	179,50	bzB	
Berl. Nordbahn	5	0	fr.	1,75	bz
Berl.-Postd.-Magd.	4	1	68,50	bzB	
Berl.-Stettin	10	9	116,50	bz	
Böhm. Westbahn	5	5	84,75	G	
Brestan-Freib.	8	7	19	bz	
do.	neue	5	5	5	
Östl.-Mind.-Prämiesch.	37	5	5	5	

Böhmis. Westbahn	169 1/2	Elisabethbahn	155	Gaffizier	191 1/2
do.	do.	243 %	88 1/2	Nordwestbahn	128 1/2
do.	do.	82,50	bz	Silberrente	62 1/2
do.	do.	80,20	bz	Russ. Bodencredit	89 1/2
London	1 Lst.	8 T.	20,322	Iussen	101 1/2
do.	do.	8 T.	20,20	Amerikaner	188